Alles, was Recht ist

Schriftliche Ankündigung

Elternzeit ist eine wichtige Sache – und inzwischen eine Selbstverständlichkeit für viele Frauen und Männer. Ein Arbeitnehmer muss spätestens bis sieben Wochen vor Beginn der Elternzeit schriftlich beim Arbeitgeber die Elternzeit ankündigen und gleichzeitig erklären, für welche Zeiten innerhalb von zwei Jahren Elternzeit genommen werden soll. Einer Zustimmung des Arbeitgebers bedarf es dafür nicht. Es reicht allerdings nicht, wenn Mutter oder Vater des Kindes nur mündlich ankündigen, dass sie gern in Elternzeit gehen wollen, oder ihr Ansinnen dem Chef formlos per E-Mail darlegen. Nach einer aktuellen Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Erfurt erfordert das Elternzeitverlangen eine strenge Schriftform: Es muss deshalb von dem Arbeitnehmer eigenhändig durch Namensunterschrift oder mithilfe notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden. Ein Fax oder eine E-Mail wahre die im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (§ 16 Abs. 1 Satz 1 BEEG) vorgeschriebene Schriftform nicht und führe zur Nichtigkeit der Erklärung. Geklagt hatte eine Rechtsanwaltsfachangestellte, die ihren Chef per Fax über die Geburt ihrer Tochter und eine zweijährige Elternzeit informiert hatte. Der Anwalt hatte der jungen Mutter gekündigt, diese wollte die Kündigung nicht hinnehmen. Die Vorinstanzen gaben ihr Recht. Das BAG allerdings sah keinen Sonderkündigungsschutz der Frau, da diese „nicht wirksam“ Elternzeit per Fax verlangt hatte.

Az. 9 AZR 145/15

sas

Mündliche Absage

Ein Patient darf nicht zur Zahlung von Schadenersatz verpflichtet werden, wenn er einen Operationstermin absagt. Das Amtsgericht München hat entschieden, dass „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ in einem Wahlleistungsvertrag einer Klinik in der Regel unwirksam sind, wenn sie den Patienten bei Absage des Operationstermins zu Schadenersatz verpflichten. Im verhandelten Fall ging es um eine Operation in einer Schönheitsklinik, die eine Patientin zwei Tage vor dem geplanten Eingriff zunächst telefonisch, dann schriftlich abgesagt hatte. Die Schönheitsklinik stellte der Frau 60 Prozent der Kosten in Rechnung, konkret waren das fast 1500 Euro. Die von der Klinik geforderte „Stornogebühr“ übersteige den normalerweise zu erwartenden Schaden und sei unangemessen hoch, urteilten die Münchener Richter. Der Patient müsse demnach bei kurzfristiger Absage des Eingriffs mehr bezahlen als er bei Durchführung des Eingriffs zu leisten hätte. Außerdem, so das Gericht, müsse ein Patient jederzeit die Möglichkeit haben, frei darüber zu entscheiden, ob er einen Eingriff in seine Gesundheit zulassen will. Das wirtschaftliche Interesse des Behandlers müsse gegenüber dem schützenswerteren Interesse des Patienten auf körperliche Unversehrtheit zurücktreten, hieß es in der Urteilsbegründung.

Az. 213 C 27099/15

sas

Hier steht eine Anzeige.

Springer